

## "Fest entschlossen" in Der Spiegel (3. Juli 1989)

**Quelle:** Der Spiegel. Das Deutsche Nachrichten-Magazin. Hrsg. Augstein, Rudolf ; R Herausgeber Böhme, Erich; Dr. Funk, Werner. 03.07.1989, Nr. 27; 43. Jg. Hamburg: Spiegel Verlag Rudolf Augstein GmbH.

**Urheberrecht:** (c) Der Spiegel

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"fest\\_entschlossen"\\_in\\_der\\_spiegel\\_3\\_juli\\_1989-de-ee6c2a6a-ab47-46e7-880f-1b8dcef3013e.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 26/11/2012

## Fest entschlossen

### **Auch Margaret Thatcher kann nur noch bremsen: In Madrid kamen die Europäer der Währungsunion einen Schritt näher.**

Der Gastgeber in Madrid konnte die Friedfertigkeit seiner gefürchteten Besucherin kaum fassen. Noch vor kurzem hätte er es nicht für möglich gehalten, staunte Spaniens Premier Felipe Gonzalez nach Abschluß der EG-Gipfelkonferenz am Dienstag vergangener Woche, daß unter einer Vereinbarung wie der gerade erreichten jemals der Name Thatcher stehen könnte.

Wie alle anderen Staats- oder Regierungschefs der Zwölfer-Gemeinschaft hatte die britische Premierministerin eine Erklärung unterzeichnet, die wohl Währungsgeschichte machen wird. In dem Madrider Papier bekräftigten die Europäer nicht nur ihre Entschlossenheit, die Wirtschafts- und Währungsunion zu verwirklichen. Sie einigten sich auch auf die beiden ersten jener vielen Schritte, die zu einem Europa mit gemeinschaftlichem Notenbanksystem und Einheitswährung führen sollen.

Nach dem Willen der EG-Führer soll zunächst von Mitte nächsten Jahres an das Europäische Währungssystem (EWS) komplettiert werden. Diesem Wechselkurs-Verbund gehören Großbritanniens Pfund, Griechenlands Drachme und Portugals Escudo noch nicht an.

Durch den Beitritt der drei Außenseiter zum EWS werden alle EG-Währungen durch weitgehend fixierte Kurse miteinander verkettet sein. Damit dieser Geld-Verbund nicht durch zu starke Kursschwankungen erschüttert wird, wollen die Finanzminister und Zentralbankpräsidenten der EG-Länder von Mitte 1990 an enger zusammenarbeiten, als ihnen dies bislang gelungen ist.

Politisch noch weit wichtiger als der EWG-Beschluß ist eine Vereinbarung, die auf den ersten Blick vage und belanglos wirkt. „Nach umfassender, angemessener Vorbereitung“, auf jeden Fall aber erst nach Mitte 1990, wollen die EG-Länder eine „Regierungskonferenz“ einberufen, auf der die weiteren Etappen auf dem langen Weg zum Euro-Geld festgelegt werden sollen.

Für Kenner der langwierigen Gemeinschaftsprozeduren ist damit klar, daß eine Mehrheit unter den EG-Regierungen nicht länger nur über unverbindliche Pläne zur Währungsunion palavern will. Diese Länder sind fest entschlossen, möglichst bald jenen Transfer nationaler Souveränität auf EG-Institutionen einzuleiten, der für die Schaffung einer Währungsunion unumgänglich ist.

Nationale Rechte können nur dann auf EG-Organen übertragen werden, wenn die Gemeinschaftsverträge entsprechend geändert werden. Und eine Regierungskonferenz ist genau das Vehikel, mit dem diese Änderungen vorgenommen werden können.

„Die Tatsache, daß man die Notwendigkeit einer Regierungskonferenz akzeptiert“, erläutert Jacques Delors, Präsident der EG-Kommission, die Vereinbarung von Madrid, „bedeutet, daß man die Notwendigkeit einer Vertragsänderung akzeptiert.“ Die Bewegung hin zur Wirtschafts- und Währungsunion sei nun „nicht mehr umkehrbar“.

Während Bundeskanzler Helmut Kohl, ungewöhnlich zurückhaltend, von einem „kleinen, aber wichtigen Schritt in die richtige Richtung“ sprach, wurden führende internationale Wirtschaftsblätter deutlicher. Den EG-Führern sei „ein Quantensprung“ gelungen, lobte das „Wall Street Journal“. Die EG habe „gerade eine Wasserscheide überwunden“, urteilte die „Financial Times“.

Unterstützt von Deutschen, Italienern und Spaniern, hatte vor allem Frankreichs Staatspräsident François Mitterrand auf die Einberufung einer Regierungskonferenz gedrängt. Der Franzose, der sich von einer künftigen Euro-Währung die Befreiung vom Joch der übermächtigen Mark in der EG verspricht, wollte in Madrid sogar schon den Termin für das Ende dieses Treffens festsetzen lassen. Bis zur geplanten Vollendung des einheitlichen Binnenmarktes für Güter und Dienstleistungen Ende 1992 sollte geklärt sein, wie und wann auch die Geld-Union verwirklicht wird.

Bei diesem Vorstoß wurde Mitterrand zwar von Margaret Thatcher abgeblockt. Mehr als ein kleiner Erfolg auf einem wahrscheinlich noch sehr langen Rückzugsgefecht gegen die einigungsbereiten Kollegen vom Kontinent aber war das für die Britin nicht.

Frau Thatcher hat stets versichert, daß sie niemals auch nur ein Quentchen britischer Hoheitsrechte an Brüssel abtreten werde. Tatsächlich aber ist sie unter dem Druck der Allianz vom Festland auf einen Weg geraten, auf dem sie nur noch das Tempo des Einigungsprozesses drosseln, kaum aber noch über die Richtung mitbestimmen kann.

Vor einem Jahr, auf dem EG-Gipfel in Hannover, hatte die Britin zugestimmt, daß ein Ausschuß unter Führung Delors die Pläne für eine Währungsunion entwirft. In Madrid gab Frau Thatcher mit ihrer Zusage, das britische Pfund nach Mitte 1990 ins EWS zu führen, ihren bislang erbitterten Widerstand gegen diese Vorstufe einer europäischen Geld-Union weitgehend auf.

An den Eintritt des Pfundes ins EWS knüpfte Margaret Thatcher zwar Bedingungen: So soll erst einmal der gesamte Kapitalverkehr in der EG liberalisiert werden, und die Briten selbst wollen zuvor ihre Inflationsrate von über acht Prozent auf den EG-Durchschnitt von derzeit 4,5 Prozent drücken. Aber der Abbau von Kapitalverkehrshemmnissen ist ohnehin geplant, und Frau Thatcher wird die britische Inflation nicht auf Dauer hochhalten, nur um das Pfund vom EWS fernhalten zu können.

Auch die Einberufung der Regierungskonferenz wird die Premierministerin allenfalls ein wenig hinauszögern können. Ihr Gegenspieler Mitterrand hat bereits angekündigt, daß er sich für den frühestmöglichen Tagungstermin – also die Zeit unmittelbar nach dem 1. Juli 1990 – einsetzen wird. Frau Thatcher hat kein Vetorecht, wenn sich die EG-Mehrheit auf diese Zeit einigt.

Mit ständigem Veto könnten die Briten dann allerdings alle Beschlüsse des Währungskonzils torpedieren. Doch auch das schreckt die Kontinentaleuropäer nicht allzusehr. Die wichtigsten EG-Länder des Festlands wollen in diesem Fall einen inneren Zirkel bilden, der alle Entscheidungen vorbereitet. Ziehen die Briten am Ende nicht mit, sollen sie total isoliert werden.

EG-Experten haben schon untersucht, ob es möglich ist, daß elf Mitglieder ein neues Vertragswerk in Kraft setzen, auch wenn das zwölfte Mitglied auf der Gültigkeit alter Verträge beharrt. Die Fachleute sind zu dem Schluß gekommen, daß dies machbar sei.

Die Prophezeiung Margaret Thatchers nach ihrer Rückkehr aus Madrid, daß es keine Euro-Währung geben werde, solange sie im Amt sei, wurde daher auf dem Kontinent gelassen aufgenommen. „Madame Thatcher ist nicht unsterblich“, konterte die ehemalige Präsidentin des Europa-Parlaments, die Französin Simone Veil, „und ohnehin glaubt kein Mensch daran, daß eine gemeinsame Währung vor Ende dieses Jahrhunderts geschaffen werden kann.“